

KOMMENTAR

Der Vertrag von Lissabon vor dem Verfassungsgericht

Sorge um Europa

WERNER WEIDENFELD



Die dramatische Weltfinanzkrise rückt Europa in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Bei allen internationalen Konflikten wird nach der Strategie Europas gefragt. Das Gleiche gilt für die Perspektiven der Terrorbekämpfung, für die Sicherung der Energieversorgung, für die Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen. Und in praktisch allen Fällen agiert Europa zu langsam, zu unscharf, zu uneinig.

Seit etlichen Jahren haben führende Entscheidungsträger dieses Dilemma erkannt. Sie wollten Europa daraus befreien. Dies sollte die europäische Verfassung leisten – sie ist gescheitert. Unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel wurde rasch ein Ersatz geschaffen: der Vertrag von Lissabon. Aber auch der steht auf der Kippe. Nicht nur in Irland und Tschechien werden Zweifel laut. Jetzt rückt auch das Bundesverfassungsgericht in die europäische Arena des Pro und Kontra.

Durchaus seriöse Kläger werfen der Bundesregierung, dem Bundestag und Bundesrat vor, mit dem Lissabon-Vertrag eine Entstaatlichung und eine Entdemokratisierung der Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen. Da auch der Zuständigkeitsraum des Bundesverfassungsgerichts durch die Entscheidungspraxis des Europäischen Gerichtshofes geschmälert wird, hören die obersten Richter den Klägern mit Sympathie zu. Würde der Vertrag vor Gericht scheitern, Europa stürzte in seine größte Krise der Nachkriegszeit.

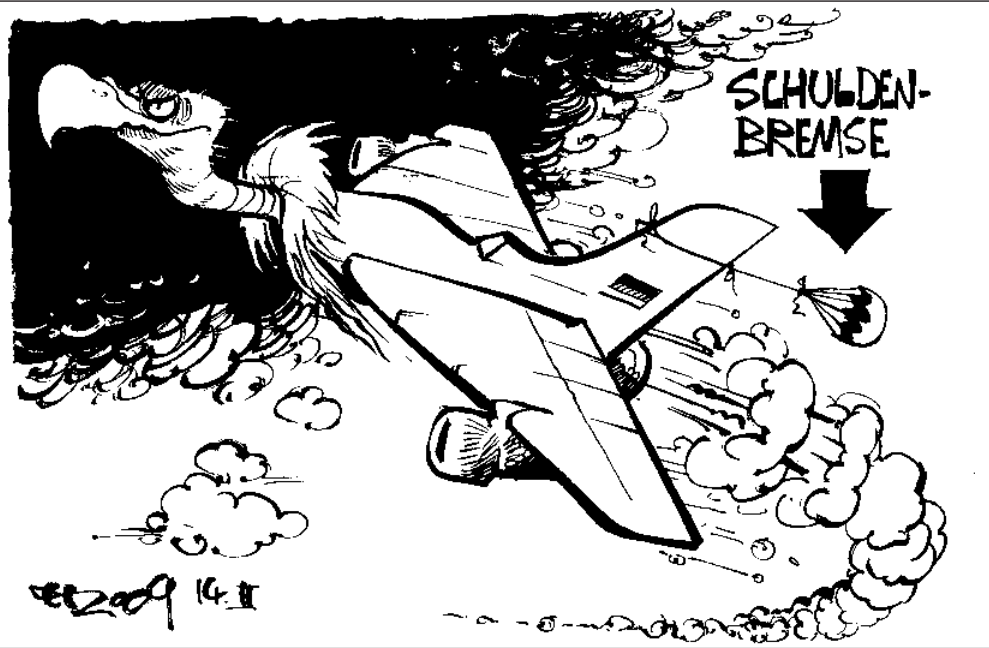
Daher ist es wichtig, den Kern des Vertrages zu begreifen: Fast kein Entscheidungsfeld könnte sich dem faktischen europäischen Zugriff

entziehen. Der Lissabon-Vertrag führte eine Personalisierung Europas ein (gewählter Präsident des Europäischen Rates, Hoher Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik). Er schafft praktisch ein Zwei-Kammer-System durch Ausbauen des Mitentscheidungsverfahrens von Europäischem Parlament und Ministerrat. Alles in allem bietet er einen erheblichen Fortschritt in Sachen Parlamentarismus, Demokratie und Effektivität.

Aber: Der Vertrag ummantelt die klaren Fortschritte auf mehreren hundert Seiten mit einer Fülle undurchsichtiger bürokratischer Details. Das munitioniert alle Gegner, sei es der polemische Populismus in Irland, sei es der anti-europäische Nationalismus in Tschechien oder seien es die Kläger beim Bundesverfassungsgericht. Ihr Erfolg würde schwächen, was sie verbal stärken wollen: Parlament, Demokratie, staatliche Handlungsfähigkeit.

Ein kluges Bundesverfassungsgericht sollte die unbewussten Fortschritte des Vertrags klar- und deutlich machen. Und dann jeden Schritt in die Intransparenz untersagen. Europa wird heute politisch dringender gebraucht denn je. Aber um wirklich handlungsfähig zu sein, muss es aus der Intransparenz befreit werden.

Unser Autor Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München. Sein aktuelles Buch: *Lissabon in der Analyse, Der Reformvertrag der Europäischen Union, Nomos-Verlag, Baden-Baden. nachrichten@ihr-kommentar.de*



Lieb Vaterland, magst ruhig sein...

ZEICHNUNG: HORST HAITZINGER

TAGESTHEMA

Wie gewonnen, so zerronnen

Konjunkturpaket bringt OWL Millionenausfälle

VON BERNHARD HÄNEL

**■ Bielefeld. Sanieren und investieren – fast vergessene Begriffe fallen dieser Tage in der Kommunalpolitik.** 258 Millionen Euro schaufelt das Konjunkturpaket II des Bundes in die Region OWL. Der Euphorie aber wird bald die Ernüchterung folgen. Mehr als die Hälfte kassiert Berlin wieder ein. Der warme Geldregen ist kein Geschenk aus Berlin. Ob arm oder reich, an den Investitionskosten müssen sich die Kommunen mit Eigenanteilen beteiligen. In NRW wurde dafür zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden einvernehmlich ein Verfahren beschlossen, das die Belastungen erträglich machen soll.

Für die Finanzierung des Zukunftspaket genannten Konjunkturpakets für 2009 und 2010 wird ein Sondervermögen eingerichtet, das über einen Zeitraum von zehn Jahren getilgt wird. Die Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung erst auf dem Wege der Abfinanzierung, die 2012 beginnt. Insgesamt beträgt die Kofinanzierung der Kommunen an ihrem eigenen Investitionsanteil 12,5 Prozent. Das bedeutet: Die Gemeinschaft der NRW-Kommunen zahlt ab dem Jahr 2012 für zehn Jahre durchschnittlich rund 42 Millionen Euro pro Jahr, um ihren Finanzierungsanteil zu tragen. „Das sind weniger als zwei Prozent pro Jahr für Zins und Tilgung“, stellt der NRW-Städteverband fest.

So weit, so gut. Das gewerkschaftsnahes Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat beide Programme, also die Konjunkturpakete I und II, auf ihre Wirkung untersucht und kommt zu ernüchternden Ergebnissen. „Die darin enthaltenen Steuererleichterungen sind auch immer mit Einnahmeverlusten für die Kommunen verbunden“, so IMK-Chef Gustav-Adolf Horn. Sein Institut beziffert die kommunalen Mindereinnahmen aus dem ersten und zweiten Konjunkturpaket auf 1,9 Milliarden Euro 2009 und sogar auf 3,4 Milliarden Euro 2010.

Damit würde den Gemeinden in diesem Jahr 30 Prozent der zusätzlichen Investitionsmittel gleich wieder entzogen, im kommenden Jahr wären es knapp 60



Kritisiert das Paket: Die Bielefelder Grünen-Abgeordnete Britta Haßelmann.

Prozent. Rechnet man noch die Folgen der höheren steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung hinzu, die ab 2010 gelten soll, so geht das IMK davon aus, dass die Gemeinden im kommenden Jahr sogar fast 80 Prozent der zusätzlichen Investitionsmillionen wieder verlieren. In dieser Kalkulation sei noch nicht einmal die Kürzung der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für ALG-II-Beziehende berücksichtigt, welche Städte und Gemeinden noch einmal mit 700 Millionen Euro belaste, sagt die Bundestagsabgeordnete Britta Haßelmann, Grünen-Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags.

Unter dem Strich bedeutet dies: Die kommunalen Investitionshilfen, „Herzstück“ des zweiten Konjunkturpakets, werden schon im nächsten Jahr auf bis zu 20 Prozent der Investitionssumme zusammenschrumpfen. Die Fraktion der Grünen im Bundestag hält es aus diesem Grund für angebracht, auf die Steuererleichterungen zu verzichten, um den Teil des Investitionspaketes zu retten, der in seiner Wirkung auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und der kommunalen Daseinsvorsorge am sinnvollsten ist: Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Bundesländer unterstützen Fehmarnbelt-Brücke

**■ Berlin (dpa).** Dem Bau der deutsch-dänischen Fehmarnbelt-Brücke steht von Seiten der Bundesländer nichts im Weg. Ungeachtet erneuter Proteste aus Mecklenburg-Vorpommern und bei Enthaltung der schwarz-grünen Koalition in Hamburg erhob der Bundesrat keine Einwände gegen das mehr als fünf Milliarden Euro teure Projekt. Experten erwarten auch vom Bundestag keine ernsthafte Behinderung des von Schleswig-Holstein vorangetriebenen Vorhabens. Über die Fehmarnbelt-Brücke sollen Skandinavien und Kontinentaleuropa miteinander verbunden werden.

Höhenflug der FDP gestoppt

**■ Mainz (AP).** Nach ihrem Höhenflug bei Wählerumfragen hat die FDP einen Dämpfer erlitten. Im ZDF-Politbarometer mussten die Liberalen in der politischen Stimmung Einbußen hinnehmen und erreichten nur noch 12 Prozent (-4). In anderen Umfragen hatte die FDP bis zu 18 Prozent erreicht. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU/CSU auf 38 Prozent (+1), die SPD auf 25 Prozent (-1), die FDP erholte 13 Prozent (-1), die Linke und die Grünen jeweils 10 Prozent (+1).

500 Beamte überprüfen 3.300 Autofahrer

**■ Münster/Osnabrück (Ini).** Bei einer Autobahnkontrolle haben Polizisten und Zollfahrer mehr als 3.300 Menschen überprüft. Schauplatz des Einsatzes von Donnerstag auf Freitag waren die A 2 in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sowie der Großraum der anderen Trassen der Europastraße 30 zwischen der deutsch-niederländischen Grenze und dem Übergang zu Polen. Mehr als 2.100 Fahrzeuge wurden angehalten, sechs Menschen festgenommen.

Neue Hinweise zum Rätsel um KZ-Arzt

**■ Stuttgart (dpa).** Eine Aktentasche voller Dokumente soll die letzten Rätsel über das Ende des meistgesuchten NS-Verbrechers, Aribert Heim, klären. Ein Rechtsanwalt habe die Unterlagen, die dem früheren KZ-Arzt zugeordnet werden, dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg übergeben, teilte die Behörde mit. Zielfahrer erhoffen sich von den Papieren Aufschluss über den vermuteten Tod von Heim 1992 in Kairo. In der Tasche soll sich eine auf Arabisch verfasste Abschrift der Sterbeurkunde befinden.

Einigung bei Gesprächen über Waffenruhe

**■ Jerusalem (AP).** Die radikalislamische Hamas und Israel haben sich auf eine langfristige Waffenruhe verständigt. Die ägyptische Regierung, die zwischen der Hamas und Israel vermittelt, werde die Waffenruhe nach Beratungen mit anderen palästinensischen Gruppierungen in zwei Tagen verkünden, sagte der stellvertretende Hamas-Führer Abu Marsuk. Die bislang geltende Waffenruhe wurde durch zwei Raketen auf Israel und einen israelischen Luftangriff im Gazastreifen gebrochen.

40 Pilger starben bei Selbstmordanschlag

**■ Bagdad (AP).** Eine Selbstmordattentäterin hat sich am Freitag im Irak inmitten schiitischer Pilger in die Luft gesprengt und mindestens 40 Menschen mit in den Tod gerissen. Weitere 60 Menschen wurden verletzt. Die Attentäterin zündete ihren Sprengsatz in einem Zelt, in dem weibliche Pilger auf dem Weg nach Kerbela Rast machten. Die meisten Opfer sind Frauen und Kinder. Es war der folgenschwerste Anschlag im Irak in diesem Jahr. Er ereignete sich rund 60 Kilometer südlich von Bagdad.

US-Abgeordnete billigen Konjunkturpaket

**■ Washington (dpa).** Nach erbittertem Tauziehen im Kongress hat das Konjunkturprogramm von US-Präsident Barack Obama am Freitag eine der letzten Hürden genommen. Ohne eine einzige Stimme der Republikaner gab das Repräsentantenhaus für das Programm in Höhe von knapp 790 Milliarden Dollar (614 Milliarden Euro) Grünes Licht. 246 Abgeordnete stimmten dafür, 183 dagegen. Noch im Laufe des Tages (Ortszeit) sollte auch der Senat abstimmen. Gibt er Grünes Licht, ist das Paket endgültig unter Dach und Fach.

PERSÖNLICH



**Roswitha Müller-Piepenkötter (58),** nordrhein-westfälische Justizministerin, strebt ein Landtagsmandat an. Sie führe derzeit Gespräche über eine Kandidatur in einem Wahlkreis im Bergischen Land, sagte sie. Sie ist bislang keine Landtagsabgeordnete. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) hatte die frühere Landesvorsitzende des Richterbundes nach der Landtagswahl 2005 in das Ministeramt berufen. FOTO: DDP



**Judd Gregg (61),** republikanischer Senator, der von US-Präsident Barack Obama für das Amt des Handelsministers vorgeschlagen worden war, hat seine Bewerbung zurückgezogen. Grund seien tiefgreifende Differenzen unter anderem beim milliardenschweren Konjunkturprogramm, sagte Gregg zur Begründung. Der Senator war der dritte Anwärter auf ein Regierungsamt, der sich aus dem Rennen zurückzog. FOTO: AP



**Michelle Bachelet (57),** chilenische Präsidentin, ist zum Abschluss ihres historischen Besuchs in Kuba von Revolutionsführer Fidel Castro empfangen worden. „Es geht ihm sehr gut, er ist sehr agil und aktiv“, sagte Bachelet nach dem eineinhalbstündigen Treffen, wie kubanische Medien berichteten. Bei dem Besuch legte sie den Grundstein für die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen beiden Ländern. FOTO: AP



**Norbert Lammert (61),** Bundestagspräsident, startet am 17. Mai beim Ruhr-Marathon. Der gebürtige Bochumer hat sich vorgenommen, mindestens die Halbmarathondistanz zu absolvieren. „Mit dem Ruhrgebiet verbinde ich insbesondere die einmalige Industriekultur. Ich freue mich deshalb gerade auf diesen Lauf, da die Streckenführung durch diese grandiose Kulisse führt“, sagte Lammert. FOTO: AP

Sauer auf Mutti

BERLIN INTERN

**■ Es stimmt nicht, dass Michael Glos in seiner Zeit als Kabinettsmitglied keinerlei prägende Spuren im Berliner Politikbetrieb hinterlassen hat. Wer so etwas behauptet, hat wirklich keine Ahnung, meint Alexandra Jacobson.**



Michael Glos gilt als Erfinder des einzigen Kosenamens für Angela Merkel, der weit über die Reihen von CDU und SPD hinaus für Furor gesorgt hat. Von ihm machen auch die Sozialdemokraten oder die Oppositionsparteien Gebrauch: „Mutti“ heißt der inoffizielle Name für die Regierungschefin. Mit diesem Namen wollte Glos übrigens eine gewisse Wertschätzung demonstrieren, die sich auch darin ausdrückte, dass der Unterfranke Angela Merkel zu Kabinettsitzungen gerne mit einem formvollendeten Handkuss begrüßte. Doch die Zeit solcher Ehrerbietungen ist passé. Glos ist jetzt sauer auf „Mutti“, teilte er der CSU-Landesgruppe in dieser Woche mit: „Sie hat immer geglaubt, ich hätte von vielen Dingen keine Ahnung. Stattdessen hängt sie an den Lippen von Finanzminister Steinbrück, der sich jeden Satz aufschreiben lassen muss.“ Im Berliner Politbetrieb herrscht nun allerdings die Ansicht vor, dass der Ex-Wirtschaftsminister mit dieser bitteren Beschwerde vor allem seinem eigenen Kosenamem „Trauer-Glos“ gerecht wurde. Was Merkel über die Vorwürfe denkt, ist nicht überliefert. Dass hingegen Peer Steinbrück die Worte von Glos, die sich mit seiner Person beschäftigten, für eine glatte Verleumdung hält, ist am Freitag für jeden deutlich geworden. Der Finanzminister begann seine Bundestagsrede zum Konjunkturpaket II mit folgender Spitze: „Und nun ein Satz, den mir meine Mitarbeiter aufgeschrieben haben: Guten Morgen, meine Damen und Herren.“ Diese Spöttelei könnte den Eindruck erwecken, als ob die Sozialdemokraten den Rücktritt von Michael Glos begrüßt hätten. Das ist aber nicht so. Die Genossen befürchten vielmehr im Nachfolger Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg erstmals eine ernst zu nehmende Konkurrenz für Steinbrück. Dass der junge Spross eines alten Adelsgeschlechts die Phantasie der Menschen besonders anregt, bewies bereits eine Pressekonferenz in dieser Woche. Da wurde der Neuling nicht etwa zu seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen befragt. Eine Journalistin interessierte vielmehr, ob der Freiherr im Schloss wohne. Für alle, die es sonst noch wissen möchten: Nein, zu Guttenberg wohnt nicht im Schloss, sondern in einem Haus daneben.